

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gesberggasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



Breis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Nettemeyer, in Leipzig: Flügel & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haagstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchdr. 1863.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allerhöchst geruht:
Dem Bürgermeister Graubmann zu Tuchel, dem Steuer-Einnehmer Koeppen zu Förs, dem Kreis-Bundarzt Flier zu Kempen und dem Bundarzt Niederheitmann zu Kettwig den Rother Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Schultheiß Bergan zu Förstgen das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Militair-Ober-Prediger Korten zum Consistorial-Rath und Mitgliede des Consistoriums der Rhein-Provinz zu ernennen; die Wahl des Oberlehrers am Pädagogium des Klosters Unserer lieben Frauen in Magdeburg, Professors Dr. Haacke, zum Director des Gymnasiums in Lügau zu bestätigen; dem practischen Arzt Dr. Stroheim zu Gleiwitz den Charakter als Sanitäts-Rath; so wie dem Ober-Amtmann Diener in Bischowicz den Charakter als Amts-Rath zu verleihen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 12 Uhr Nachmittags.

Wien, 1. December. Die heutige „Presse“ vernimmt, daß der Minister Schmerling einer ihm überreichten Petition wegen Abhaltung einer Volksversammlung bezüglich Schleswig-Holsteins nachgegeben habe. Die Journale bringen einen von mehreren Reichsraths- und Landtagsmitgliedern, Professoren und Industriellen unterzeichneten Aufruf zu Unterstützungsbeiträgen für entlassene schleswig-holsteinische Beamte.

Angelkommen 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 1. December. Die „Kölnische Zeit.“ enthält die Übersetzung der in Paris so eben erschienenen (wie man sagt offiziösen) Broschüre: Napoléon III. et le Congrès. Der Schluß derselben lautet: Die Thronrede des Kaisers Napoleon vom 5. November und die Congresseinladung, welche ein unheilbares Gang wird, enthalten folgendes: entweder der Frieden durch einen Congrès oder der Krieg im Frühjahr.

Paris, 1. December. Der heutige „Moniteur“ erklärt, obige Broschüre sei nicht offiziell.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hamburg, 30. November. Aus Flensburg wird gemeldet, daß zwei in Nordschleswig rekrutierte Bataillone daselbst mit dem Gesang „Schleswig-Holstein“ eingerückt sind.

Politische Uebersicht.

Der Beschluß des Abgeordnetenhauses, eine Untersuchungs-Commission für die gesetzwidrigen Wahlbeeinflussungen zu ernennen — für welchen Anfang auch Herr v. Gotberg mit Freunden stimmen zu wollen erklärte, daß die conservativen Partei die Untersuchung nicht zu scheuen habe, für welchen aber schließlich doch weder Herr v. Gotberg noch seine Freunde gestimmt haben — scheint den Reactionären besonders unangenehm zu sein. Weshalb aber, wenn sie wirklich die Untersuchung nicht zu scheuen haben, begreift man schlechterdings nicht. Die Reaction hätte ja eine vorzüglich Gelegenheit, sich von den Anschuldigungen, welche gegen dieselbe erhoben werden, vollends zu reinigen. Gleichwohl eifern die Organe der Reaction aufs bestfeste dagegen. Die „Kreuzzeitung“ sagt: „Wir sind fest überzeugt, daß die Regierung ihren Beamten auf das bestimmteste verbieten wird, diesen Herren Untersuchungs-Commissarien irgend eine schriftliche oder mündliche Auskunft zu geben. Sollte ein Beamter es aber dennoch thun, so hätte er die Amtsvorschwege gehrohen und würde die Folgen seines Mißverhaltens sich selbst zuzuschreiben haben.“ Das Ministerium — denken wir — wird in der Lage sein, es zu verhindern, daß diese Commission in Function trete und etwa eine Aufregung durchs Land trage, deren Folgen unberechenbar wären.“ Man sieht, wie sehr die „Kreuzzeitung“ diese Untersuchungs-Commission fürchtet. Um so mehr wird es Pflicht aller Wähler, die Arbeiten der Commission ihrerseits, so weit nur irgend möglich, zu unterstützen.

Die vierte Abtheilung des Hauses der Abgeordneten hat gestern die Vorprüfung der Wahl des Abgeordneten von der Heydt beendet. Mit 19 gegen 11 Stimmen ist beschlossen worden, die Ungültigkeits-Eklärung zu beantragen. Es handelt sich dabei namentlich um ein vor der Wahl in dem Kreisblatt des betreffenden Wahlkreises erschienenes Inserat, wonach Herr v. d. Heydt für den Fall seiner Wahl zu Gunsten des Bezirks auf die Diäten verzichten würde. Die Abtheilung führt dies Inserat nicht auf Herrn v. d. Heydt persönlich zurück, sieht darin nur ein Parteimanöver, ist aber der Ansicht, daß bei dem jetzt gerade von oben her behaupteten amtlichen Charakter der Kreisblätter in einer solchen anonymer Verheißung eine durchaus unerlaubte und gleich beim ersten Versuch zurückzuweisende Wahlbeeinflussung vorliege. Die Frage ist sehr eingehend in der Abtheilung besprochen und es steht der Majorität, wie oben erwähnt, eine nicht unerhebliche Minorität entgegen. Zu einer Beantwortung der Wahl wird es, wie es scheint, jedenfalls kommen.

Die Budget-Commission des Hauses der Abgeordneten hat gestern den Etat der Eisenbahnverwaltung durchberaten und den Bericht über den Etat der Domänen- und Forst-Verwaltung festgestellt. Die Arbeiten der Commission rückten dieses Mal so rasch vor wie sonst noch niemals.

Aus Berlin schreibt man der „Köln. Zeit.“: In den höchsten Kreisen soll es eine Kriegspartei geben, an deren Spize Se. Kgl. Hoh. Prinz Friedrich Karl stehen soll. Auch Se. Majestät der König soll Herrn v. Bismarck's Ansicht über das

Londoner Protokoll nicht unbedingt theilen. Es ist nicht zu zweifein, daß Herr v. Bismarck wirklich vorgestern am Schlusse des Minister-Conseils, in dem er allein stand, seine Entlassung angeboten hat. Aber Se. Maj. der König kann sich zu der Annahme dieser Entlassung nicht entschließen. Auf eine Änderung in den leitenden Grundsätzen ist selbst bei einem etwaigen Rücktritte Herrn v. Bismarck's vor der Hand noch nicht zu rechnen.

Das Pariser „Mémorial diplomatique“ analysiert die Antworten, welche die vier Großmächte auf die Einladung Napoleons zum Congrès gegeben haben: Österreich nimmt den Congrès im Prinzip an, verlangt aber ein Programm; Preußen nimmt den Congrès auch ohne Programm an, empfiehlt jedoch Minister-Conferenzen ohne persönliches Erscheinen der Monarchen; Russland geht vollständig auf die Ausschauungen Napoleons ein, auch Kaiser Alexander wünsche stets eine allgemeine Entwicklung, aber es scheine ihm doch möglich, ein Programm für den Congrès aufzustellen; England hat heute seine Antwort überreichen lassen, worin für jetzt der Congrès einfach abgelehnt wird. Ferner berichtet dasselbe Organ, Österreich habe es abgelehnt, sich der Antwort Englands anzuschließen, und habe vielmehr England gerathen, zum Congrès zu gehen.

Nach dem „Courrier du Dimanche“ ist die vom 18. d. datirte Rückantwort des Königs von Preußen auf die französische Einladung zum Congrès etwa folgenden Inhalts: Se. Maj. spendet den edlen Gefühlen, welche dem Kaiser der Franzosen den Congrèsgedanken eingegeben, seinen Beifall. Kein Souverän, der das Wohl seines Landes auf dem Herzen trage, würde einen Vorschlag abweisen mögen, der so geeignet sei, die Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu verbürgen. Mit den Verträgen sei es wie mit allen menschlichen Dingen, sie erfahren die Bewegung der Zeit. Freilich dürfe deshalb man nicht vergessen, daß die Feststellungen von 1815 die Grundlagen der europäischen Ordnung seien. So würde denn sich der König und seine Regierung mit Eifer an einem Werke betheiligen, welches zum Zwecke habe, diejenigen Bestandtheile (der Verträge), welche aufgehoben seien, zu ersetzten. Der Brief Se. Majestät erinnert an die unparteiische Haltung Preußens, welches durchaus innerhalb der Grenzen der Verträge geblieben sei. Die Monarchie der Hohenzollern könne also keinerlei Grund haben, nicht ihre uneigennützige Mitwirkung dem Kaiserlichen Projekt zu leihen, und sie gögne nicht, diese Mitwirkung darzubieten, um durch einen vorgängigen Ideen-Austausch die Schwierigkeiten zu ebnen, welche sich darstellen könnten. (Diese Analyse des „Courrier du Dimanche“ wird der „Kreiszeit.“ im Allgemeinen als richtig bezeichnet. Sie bemerkt übrigens, daß Preußischerseits die Ansicht ausgesprochen war, daß Minister-Conferenzen vorher die Gegenstände für die Congrès-Verhandlungen vorzubereiten haben würden.)

Die Preußische und Österreichische Erklärung.

Es war mit ziemlicher Bestimmtheit vorauszusehen, welche Richtung die Politik der Preußischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage einschlagen würde; es war vorauszusehen, daß diese Politik eine solche sein würde, welche die Vertreter des preußischen Volkes unmöglich würden unterstützen können.

Die Befürchtungen haben durch die jetzt vorliegenden Thatsachen ihre Bestätigung erhalten. Preußen, Österreich und Hannover haben sich gegen den Antrag auf Nichtzulassung des Gesandten des Königs von Dänemark am Bundesstage erklärt und die beiden deutschen Großmächte haben ihre Abstimmung zugleich durch folgende Erklärung motivirt:

„Die Stellung der österreichischen und der preußischen Regierung ist durch den Vertrag bedingt, welchen beide 1852 in London mit Dänemark abgeschlossen haben, nachdem die Bedingungen desselben durch Verhandlungen mit Dänemark im Laufe der Jahre 1851/52 festgestellt worden waren. Beide Regierungen fassen die Gesamtheit dieser Verabredungen als ein untreibbares Ganzen auf, welches durch den Londoner Vertrag seinen Abschluß erhalten hat. Nachdem der Fall, welchen dieser Vertrag im Auge hatte, nunmehr eingetreten ist, sind beide Regierungen zur Ausführung des Vertrages bereit, wenn Dänemark die vorgängigen Verabredungen ausführt, deren Verwickelung eine Voraussetzung der Unterzeichnung des Londoner Vertrages durch Preußen und Österreich bildete. Die Succession in Lauenburg steht dem König Christian nach Ansicht beider Regierungen auch dann zu, wenn der Londoner Vertrag hinfällig wird, nachdem der nächstberechtigte Erbe weiland König Friedrichs, der Prinz Friedrich von Hessen, seine Rechte auf König Christian übertragen hat. Die Balassung des vom Könige von Dänemark für Lauenburg ernannten Gesandten erscheint darüber nicht anfechtbar. Für Einräumung des auf der Gesamtcurie Holstein und Lauenburg ruhenden Stimmrechts aber verfügen beide Regierungen nur dann zu votiren, wenn der König Christian diesenigen Zusagen erfüllt, im Vertrauen auf welche beide den Londoner Vertrag, welcher ihnen gegenüber den Successionsstitel des Königs in Holstein bildet, angenommen haben.“

Durch diese Erklärung haben sich die beiden deutschen Großmächte den berechtigten Forderungen der deutschen Nation entgegengestellt. Sie trennen die Verfassungsfrage von der Erbsolfrage und geben damit das Eintreten für urale legitime Rechte des deutschen Volkes auf.

Gesetzt es gelänge — und England besonders wird alle Kraft ausbieten, es durchzuführen — den König von Dänemark zur Zurücknahme der neuen Verfassung für Dänemark und Schleswig und der Verordnung vom 30. März zu bewegen, wozu er für seine Person gewiß geneigt ist, so wollen Preu-

sen und Österreich die deutschen Herzogtümer ungern saamt der Krone Dänemark zugestanden wissen.

Das ist aber eben die Politik, welche das ganze deutsche Volk bekämpft und gegen welche in dieser Stunde auch die Vertreter des preußischen Volkes Einspruch erheben.

Das ist die Politik, gegen welche wir uns von vornherein des stärksten Mißtrauens nicht erwähnen können und welche freilich bei den Organen der preußischen Presse eines sicherer Beifalls sich zu erfreuen haben wird, welche wie die „Berl. Revue“ es für „Preußens Werk“ erklärt, „durch eine Allianz mit Dänemark, d. h. dem monarchischen uns innerlich befriedeten Dänemark, den schleswig-holsteinischen Schweden bei dieser günstigen Gelegenheit gründlich ein für alle Mal zu beseitigen.“

Wir haben von diesem Blatt und seinen Freunden nie eine andere Ausschauung in dieser Frage erwartet. Wir haben auch von dem gegenwärtigen Ministerium keine andere Politik erwartet, als sie in den oben angeführten Erklärung beim Bundesstage ausgesprochen ist. Daher hielten wir es auch von vornherein für unmöglich, daß das gegenwärtige Ministerium diese nationale Frage im Sinne der großen nationalen Partei lösen würde.

Sonbertrand auch diese thathaflichen Verhältnisse sind, so ist doch noch Hoffnung vorhanden, daß die andern deutschen Mächte für Deutschlands volle Rechte eintreten werden. So ist es auch in dieser Frage wieder namentlich Baden, welches eine ebenso klare, wie echt nationale Politik verfolgt.

Ein Artikel der Karlsruher Zeitung, welcher die Ausschauungen der dortigen Regierung ausspricht, erklärt die Trennung der Verfassungsfrage von der Erbsolfrage füllt sich selbst widerprechend. Denn das Verfassungsrecht gebe eben den Städten Schleswig-Holsteins „ein unbedingtes Recht, daß nicht ohne ihre Einwilligung das Erbrecht zur Regierungsnachfolge geändert werde.“ Die Fortführung des Exekutionsverfahrens sei ebenfalls unzulässig; denn ihm fehle das Object und die zu zwingende Person, es wäre eine Anerkennung Christians IX. im Vorau. Recht kommt sie daher zu folgendem Schluß: „Deßhalb scheint der rechtlich und politisch einzige richtige Weg, die in Holstein eingedringenen Fremdlinge als Bandesfeinde zu betrachten, und ohne weitere Formalitäten auf Grund der Art. 1, 38, 39 der W. Schl. A. und anderer Bundesartikel aus dem Lande zu treiben. Alsdann hat man seinem König von Dänemark eine Anzeige zu machen, die er als Erneuerung zum Herzog von Holstein auslegen kann, sondern man hat nur mit den Befehlshabern der dänischen Truppen und diesen zu thun. . . Heilige Volks- und heilige Freiheitsrechte stehen in Frage, für welche offen Partei zu nehmen der nationalen Pflicht und Ehre und der Bildung unserer Zeit entspricht.“

England und Frankreich über den Congrès.

Wie bereits gemeldet worden, hat die „London Gazette“ die zwischen England und Frankreich geführte Correspondenz in Betreff der Congrèsfrage zwei Tage nach Abschaffung der letzten englischen Antwort veröffentlicht.

Nachdem die Königin von England das Einladungsschreiben des Kaisers Napoleon an die Minister zur Prüfung und Aeußerung abgegeben, schrieb Carl Russell zuerst am 12. November an den englischen Botschafter in Paris. Da dieser Depesche sagt Carl Russell wie folgt:

„Es ist die Überzeugung der Regierung I. Maj., daß die Hauptbestimmungen des Vertrages von 1815 in vollem Krafft bestehen, und daß das europäische Gleichgewicht auf diesen Grundlagen ruht. Wenn wir untersuchen, ob gewisse Theile deselben modifiziert, mißachtet oder bedroht worden sind, so bieten sich uns andere Fragen dar. Einige der statthaften Modifizierungen haben die Sanction aller Großmächte erhalten und bilden jetzt einen Theil des öffentlichen Rechtes Europas. Will man diesen Veränderungen eine allgemeine und feierlichere Sanction geben? Ist solches nothwendig? Wird es Frieden Europas beitreten? Andere Theile des Wiener Vertrages sind unberücksichtigt gelassen oder bestätigt, und die folhergestalt des facto eingetreteten Veränderungen nicht als de jure bestehend von allen Mächten Europas anerkannt worden. Will man von Mächten, welche sich dieser Anerkennung bisher nicht angeschlossen haben, eine Sanction dieser Veränderungen erlangen? Schließlich kommen wir zu jenen Theilen des Wiener Vertrages, welche bedroht sind, und in Bezug auf diese Theile entspinnen sich die wichtigsten Fragen von allen. Wie stände die Vorschläge beschaffen, welche der Kaiser Napoleon in dieser Hinsicht machen will? Und vor Allem, lassen sie sich, wenn sie von einer Mehrheit der Mächte genehmigt werden, mit Waffengewalt zur Geltung bringen? Als die Herrscher oder Minister Österreichs, Frankreichs, Preußens, Württembergs und Großbritanniens sich im Jahre 1823 in Verona versammelten, um über die Angelegenheiten Spaniens zu berathen, setzten die ersten vier dieser Mächte, trotz des Protests Großbritanniens, ihre Beschlüsse mit Waffengewalt durch. Soll dieses Beispiel auf dem gegenwärtigen Congrès im Falle eines Aufruhrs der Ansichten nachgeahmt werden? Ueber diese Punkte muß I. Maj. Regierung bestreitende Aufschlüsse erhalten, ehe sie zu einem Entschluß über den Vorschlag des Kaisers gelangen kann.“

I. Maj. Regierung würde bereit sein, mit Frankreich und anderen Mächten auf dem Wege diplomatischer Correspondenz jede bestimmte Frage zu discutiren. Allein sie würde mehr Befürchtung als Vertrauen bei dem Zusammentritte eines Congresses von Herrschern und Ministern empfinden, der keine bestimmten Ziele hätte, über die Karte Europas schwiefe und Hoffnungen und Bestrebungen erwecke, welche zu befriedigen oder zu beschwichtigen sie sich außer Stande seien möchten.“

Darauf antwortete Drouyn de Lhuys von Compiègne aus, den 23. November. Wir entnehmen der Antwort folgende Stellen:

„Die kaiserliche Regierung will die Wiener Verträge weder vertheidigen noch kritisiren. In seinem an die Souveräne gerichteten Briefe zeigte der Kaiser, daß die diplomatischen Acte von 1815 die Grundlage bildeten, auf welchen das politische Gebäude Europas heute ruht. Aber das ist seines Erachtens ein Grund, zu prüfen, ob diese Grundlage nicht bis in ihre Lüsen eingeschüttet ist. Nun erkennt das Londoner Cabinet an, daß mehrere dieser Stipulationen ernstlich übertreten sind. Was die Modifizierungen betrifft, zu welchen die Mächte nicht ihre einmütige Zustimmung gegeben haben, so bildet sie eben so viele Ursachen des Kriegs, welche Europa in den Augenblick in zwei Lagertheilen trennen. Würde es nicht besser sei, statt ihrer Entscheidung der Gewalt und dem Zufalle zu überlassen, ihre billige Lösung durch eine gemeinsame Uvereinigung zu erstreben und diese Veränderungen durch eine Revision zu sanctionieren?“

„Die dritte Sache, die begreift die bedrohten Theile des Wiener Vertrages in sich. Während der Kaiser Europa auf die Gefahren einer tief bewegten Lage aufmerksam mache, deutete er die Mittel an, die schrecklichen Uebel abzuwenden, welche er voransieht, und die er vielleicht weniger, als andere, zu fürchten hätte. Er hat dies, indem er sich an alle Souveräne ohne vorherige Absprach mit irgend einem von ihnen wandte, um die wichtigen Beziehungen frei von jeder Verbindlichkeit zu beginnen. Er selbst, als jüngster der Souveräne, glaubt kein Recht zu haben, sich die Rolle eines Schiedsrichters anzumachen und zum Voraus das Programm festzulegen. Außerdem hält es sehr schwer, die noch nicht gelösten Fragen, welche die Ruhe Europas stören können, aufzuzählen. Ein bellagenswerther Kampf macht Polen zu einem Blutbad, verzeigt die Nachbarstaaten in Aufregung und bedroht die Welt mit den ernstlichsten Kubestürzungen. Soll dieser Kampf auf immer dauern? — Einander entgegengesetzte Ansprüche erregen einen Streit zwischen Dänemark und Deutschland. Die Aufrechterhaltung des Friedens im Norden ist von einem Zufalle abhängig. Die Cabinets sind durch ihre Unterhandlungen bereits Theilnehmer an dem Streite geworden. Sind sie jetzt gleichgültig gegen ihn geworden? — Soll die Anarchie an der unteren Donau fortdueren und soll sie jeden Augenblick von Neuem eine blutige Schauplaz für den Streit wegen der orientalischen Frage erschließen können? Sollen Österreich und Italien einander fortwährend in feindlicher Haltung gegenüber stehen, stets bereit, den Waffenstillstand zu brechen, welcher den Ausbruch ihres Kriegs verhindert? Soll die Besetzung Rom's durch die französischen Truppen auf unbestimmte Zeit verlängert werden? Sollen wir schließlich ohne neue Versöhnungsversuche die Hoffnung aufgeben, die Lasten zu erleichtern, welche den Nationen die durch gegenseitiges Misstrauen verursachten übermäßigen Rüstungen aufzulegen? Das sind unserer Ansicht nach die Hauptfragen, welche zu prüfen und zu entscheiden die Mächte ohne Zweifel für nützlich erachten würden. Lord Russell erwartet gewiß nicht, daß wir hier die Art und Weise, wie ein jedes dieser Probleme zu lösen, oder die Art der Sanction näher erörtern, wie sie durch die Entscheidungen des Congresses erfolgen soll. Den dort vertretenen Mächten wird es zulommen, sich über diese verschiedenen Punkte auszusprechen.“

Am Schlus beruft sich Drouyn de Lhuys auf den auf dem Pariser Congress allzeitig getheilten Wunsch, daß Staaten, zwischen denen ein Mißverständnis herrsche, stets eine freundliche Vermittelung auf einem Congress versuchen wollten.

Schon am 25. November antwortete Carl Russell auf diese These und zwar ablehnend. Er weist nach, daß ein Congress nicht im Stande sein werde, die streitigen Fragen zu lösen. Er sagt:

„Nach dem Kriege, der Deutschland von 1619 bis 1649 verheerte, wie nach den Kriegen, von denen der Continent von 1793 bis 1815 heimgesucht wurde, lag es in der Möglichkeit, auf einem Congress Gebiete anders zu verteilen, weil die Völker Europas kampfesmüde und durch Kriegslasten erschöpft waren. Im gegenwärtigen Augenblick aber, während der Dauer eines langen Friedens, ist keine Macht geneigt, ein Gebiet aufzugeben, auf das sie durch Verträge Besitzrecht hat. Ist es wahrscheinlich, daß es einem Congress gelingen wird, bessere Bedingungen für Polen zu erlangen, als den 3 Mächten? Durch das militärische Übergewicht und die unbewußte Strenge Russlands ist zur Unterwerfung der Insurgenten ein beträchtlicher Fortschritt gemacht. Ist es wahrscheinlich, daß Russland imitolzen Bewußtsein seiner Macht verleiht, was es in den Tagen der Entmächtigung verweigert hat? Wird es, bloß um dem Wunsche eines Congresses zu entsprechen, ein unabhängiges Polen schaffen? Wenn es dies jedoch nicht will, so entsteht daraus entweder eine Demütigung für Europa oder Aussicht auf Krieg gegen Russland; dieselben Mächte aber, welche nicht gesonnen sind, es auf die Unkosten und Wechselseite des Krieges ankommen zu lassen, haben Grund genug, den zweiten Fall zu vermeiden. Lebendig soll keineswegs geläugnet werden, daß wir uns in einer Übergangsperiode befinden. Ist der Aufstand vernichtet, so ist es an der Zeit, zu untersuchen, ob die Zusagen des Kaisers von Russland erfüllt worden sind. Ist der Aufstand noch nicht vernichtet oder wird die polnische Bevölkerung, um sie zu unterwerfen, mit neuer und — wenn dies möglich — mit verschärfter Streng behandelt, so werden andere Fragen in Erwägung gezogen müssen, welche jedoch schwerlich von einer zahlreichen Versammlung von Vertretern aller europäischen Mächte ihre Lösung erwarten dürften.“

„Gehen wir zur italienischen Frage über, so treten uns neue Schwierigkeiten entgegen. zunächst fragt es sich, ob durch einen neuen Vertrag der legale Bestand in Italien gesichert werden soll? Der Papst könnte einerseits Einwendungen erheben, und der König von Italien würde sich andererseits vermutlich einem Ablösen widersetzen, welches den Anschein haben könnte, als schließe es ihn von deat Erwerbe Rom's und Venetiens aus. Aber will man von Österreich im Congress begehen, daß es auf den Besitz von Venetien verzichte? Die kaiserliche Regierung ist davon in Kenntniß gesetzt worden, daß, wenn eine solche Absicht zum Voraus verlündigt würde, Österreich die Ch. illyr. am Congress ablehnen würde. Hier wurden also wiederum die Berathungen des Congresses in die Alternative zwischen Reichs- u. Krieg gerathen.“ Eben so würde es sich mit den anderen Fragen nach der Vereinigung Carl Russells verhalten. Käme es nur darauf an, Meinungen zu äußern, so würde sich wahrscheinlich zeigen, daß die Ansichten Englands von denen Frankreichs in Bezug auf diese Fragen nicht wesentlich von einander abweichen. Aber mit bloßen Meinungsäußerungen würden die Fragen nicht gelöst, es würden vielmehr manche Mächte nach Schluss des Congresses schlechter stehen, als bei seinem Zusammentritt.

Carl Russell schließt abschließend wie folgt: „Aber wenn dies das voraussichtliche Resultat sein würde, so folgt daraus, daß durch den vorgeschlagenen Congress wahrscheinlich keine Abnahme der Rüstungen herbeigeführt werden würde. Da die kaiserliche Regierung somit außer Stande ist, die Wahrscheinlichkeit jener segensreichen Folgen zu entdecken, die sich der Kaiser der Franzosen versprach, so steht sie sich, ihrer eigenen starken Überzeugung folgend, nach reiflicher Überlegung außer Stande, Sr. Kais. Maj. Einladung anzunehmen.“

Schleswig-Holstein.

Die „Nord. Allg. Sta.“ schreibt über die Politik Preußens in der schleswig-holsteinischen Frage: „Preußen als Glied des deutschen Bundes hat das Recht und die Pflicht, mitzuwirken, daß die Rechte der Bundesglieder nicht beeinträchtigt werden; Preußen ist aber als Großmacht und als Mitunterzeichner des Londoner Protokolls berufen, zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts mitzuwirken. Wann es nicht dulden wird, daß man den mit ihm eingegangenen Verpflichtungen Hohn spreche, so wird seine Regierung sich auch nicht durch eine wilde Demagogie, die sich mit dem Namen einer nationalen Begeisterung maskiert, zu Schritten antreten lassen, welche den Staat in Gefahr bringen, ohne ihm entsprechende Vorteile in Aussicht zu stellen.“ Die „N. A. S.“ scheint allerdings auch nicht die entersteute Abnung zu haben von dem, was Preußen in Deutschland zu verlieren hat.

* In Berlin hat der dortige Arbeiterverein am vergangenen Sonntag nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage von Schulze-Delitzsch folgende Resolution in der schleswig-holsteinischen Frage angenommen: „Da der Tod des Königs von Dänemark der deutschen Nation vielleicht zum letzten Male die Aussicht auf die Erringung der Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins eröffnet; so erkennt der Berliner Arbeiterverein es als eine Ehrenpflicht aller Arbeiter an, einem seit Jahren unterjochten deutschen Bruderschaft mit allen Kräften zu seinem nationalen Rechte zu verhelfen.“ — Der Vorstand des Arbeitervereins wird alsoana beauftragt, vorläufig 50 Thlr. aus der Vereinskasse für Schleswig-Holstein herzugeben und ferner freiwillige Sammlungen innerhalb des Vereins zu veranstalten.

Die Nachricht, daß die englische Canalslotte Befahl erhalten habe, unter Commando des Vice-Admirals Dacres von Spithead nach Copenhagen in See zu gehen, ist sicherem Bericht nach irrig. Ein großer Theil der Flotte geht vielmehr, wie die „B. u. H. Btg.“ mittheilt, nach Lissabon, ein anderer Theil folgt eben dorthin im December.

Man schreibt der „Volks-Btg.“ aus Gotha, daß in einer Bürgerversammlung am 28. von Eduard Rüffer der Auftrag gestellt wurde, deutsche Freischäaren zu organisieren und als deren Central- und Waffenplatz Gotha zu wählen; der Auftrag wurde einem Comis überwiesen.

Unter den Studenten in Tübingen herrscht reges Interesse für die schleswig-holsteinische Sache. In die Liste der Theilnehmer an den Waffnübungen haben bereits 112 Studenten ihre Namen eingeragen.

Der Gemeinderat zu Weimar hat eine ständige Commission zur Förderung von Sammlungen, Bildung von Freischäaren &c. niedergesetzt und derselben dazu einen Credit bis auf 10 000 Thlr. eröffnet.

Bon Volksversammlungen wird berichtet aus Marburg, Hof, Offenbach, Darmstadt, Lüneburg, Magdeburg, Glauchau &c. — Die Studenten in Tübingen und Freiburg thun sich zusammen zu Waffnübungen und Geldsammlungen, in München steht eine allgemeine Versammlung derselben bevor. Im „Münchner Augsburger“ erklärt Philipp Freiherr v. Künzing-Mandel in Bamberg sich bereit, die Anmeldungen zum Eintritt in die schleswig-holsteinische Armee zu vermitteln. Er sagt u. A.: „Sögern wir abermals, beginnen wir uns mit Rundgebung von Sympathien durch geharnischte Reden in Versammlungen, Gedichten und Gesängen, so ist die schleswig-holsteinische Sache für alle Zeit verloren, und mit ihr die deutsche Freiheit.“

Aus Göttingen wird von ungewöhnlicher Aufregung berichtet, welche die schleswig-holsteinische Sache in allen Kreisen daselbst hervorruft. Es herrscht der größte Enthusiasmus für ein energisches und sofortiges Einschreiten gegen Dänemark. Es fand eine Studentenversammlung statt; auch haben Studenten bereits von der Schützengilde die Benutzung des Schießplatzes zur Vornahme von militärischen Exercitien erbeten und zugestanden erhalten.

Hannover, 28. November (Nat. 2.) Gestern ist die Einberufung sordre für die Beurlaubten der zum Executions-corps bestimmten Truppenkörper ausgegeben und nach auswärts telegraphisch weiter befördert worden.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Nov. (Fr. 3.) Gestern und vorgestern fand hier eine Versammlung von ehemals reichsunmittelbaren mediatistischen Fürsten und Grafen statt. Von den Theilnehmern nennen wir den Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst-Waldenburg, Langenburg und die Grafen von Solms-Laubach, Schönborn, Ortenburg und Pappenheim. Über den Zweck der Versammlung verlautet nichts Näheres; glaubhaft hören wir verstern, daß man sich über gemeinsame Schritte verständigt habe, welche mit der Bundesreform in Beziehung stehen.

Frankfurt, 29. November. (Ref.) Schon seit einigen Abenden fanden zwischen den hier garnisonirenden Bundes-truppen, den österreichischen und bayrischen auf der einen, den preußischen auf der anderen Seite, bedauerliche Reibungen statt, die gestern in der Fahrgasse ihren Höhepunkt durch eine allgemeine Schlägerei mit blanken Waffen erreichten. Bei der Arrestation einiger Bayern nahmen die Civilisten Partei für dieselben, zogen mit den Patrouillen vor die Hauptwache und verlangten die Herausgabe der Verhafteten. Die Menge wuchs immer mehr, das Lied „Schleswig-Holstein“, das Vaterlandsgesang wurden gesungen und Preußen hinaus gerufen. Beim Erscheinen der bewaffneten Macht zog sich die Menge zurück und rief: „Bismarck, Bismarck.“ Ein preußischer Patrouillenführer befahl seiner Mannschaft in der Liebfrauenstraße, Jeden, der „Bismarck“ rufe, zu verhaften, und schickte auch drei Männer auf den Graben. Hinter der Front der Preußen sammelte sich die Menge von Neuem. Auf der Zeile erreichte der Lärm seinen Höhepunkt. Der Offizier ließ laden und zog sich gegen die Hauptwache zurück, wo der commandirende General, der Stadtcommandant, der Polizei-Senator Spels, Commissar Nevel, Rumpf und Ulrich sich befanden. Der Senator befahl nun der Schutzmannschaft, die Leute mit freundlichen Worten zu entfernen, was auch geschah.

England.

— Der Berliner Correspondent des „Star“ macht die Entdeckung, daß die große Masse des Volkes in Holstein, da sie Plattdeutsch redet, eigentlich den Deutschen gegenüber fremd und aus-

ländisch sei, daher auch keine Lust zur Annexion an den Bund spüre. Nach dieser weisen Theorie giebt es in Deutschland sehr viele Millionen geborener Ausländer, und eben so sind, der platten Mundart wegen, die meisten Engländer der nördlichen Grafschaften eigentlich Foreigners.

Frankreich.

Paris, 28. November. Man spricht von lebhaften Verhandlungen, welche in diesem Augenblicke zwischen hier und Petersburg geführt werden und wonach Frankreich Russland vorschlage, sich des Kieler Häfen zu bemächtigen. (?)

Paris, 28. November. Englands Weigerung sich am Congress zu beteiligen — die Aussicht auf ein Ailehen von 550—600 Millionen — die bevorstehende Bundes-Execution stimmen die Gemüther pessimistisch. Die Börsenwelt denkt blos an das Ailehen, und die politische hat zunächst den Congress-Fiasco vor Augen. Der Artikel des „Constitutionnel“ hat Aufsehen erregt, weil man weiß, daß derselbe von Herrn Drouyn de Lhuys entworfen worden. — Die demokratische und orleanistische Opposition ist in vielen Punkten uneinig, doch glaubt man, dieselbe werde in allen wichtigen Fragen, in sofern sie sich auf die innere Politik beziehen, gemeinschaftliche Sache machen. Lagueronne tritt immer unabhängiger in seinem Blatte auf und er geht so weit, den fühnen Satz auszusprechen, daß der gesetzgebende Körper aus selbstständigen Männer und nicht aus Knechten bestehen dürfe.

— Man schreibt uns aus Paris: Wie es heißt, nimmt der Gesandte am römischen Hofe, Herr v. Sartiges, die erforderlichen Instructionen mit, um wegen der Salbung des Kaisers mit dem Papste zu unterhandeln. Wir können die Begründung dieses Gerütes nicht verbürgen; aber es ist, wie Sie wissen, schon längst von dem Wunsche Napoleons, gekrönt zu werden, die Rede.

Italien.

Turin, 28. November. Abgeordneten-Haus. In der heutigen Sitzung wurde nach Verwerfung mehrerer von Mitgliedern der Opposition eingebrachten Amendements der italienisch-französischen Handels- und Schiffsahrtvertrag mit 157 gegen 49 Stimmen angenommen.

Russland und Polen.

Warschau, 28. Novbr. (Ostsee-Btg.) In der Nacht zum 25. d. fanden abermals zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen in Warschau statt. Bei einer Haussucherin in der Kreuzstraße, Frau Oberst Duszewski, wurde bei der Revision eine baare Geldsumme von 200,000 Poln. Gulden vorgefunden. Da dieselbe sich über den Erwerb dieser bedeutenden Summe nicht genügend ausweisen konnte, so wurde sie verhaftet und das Geld, das man für Eigentum der National-Regierung hält, einstweilen in Besitz genommen. Ein anderer Verhafteter, der Messerschmied Kobylanski, ergriff die bei ihm gesundenen compromittierenden Papiere, eine Quittung der National-Ailehe und einen Aufruf an die Handwerker, stieß sie in den Mund und verschluckte sie. Ein sofort mit Gewalt eingegebenes starles Brechmittel brachte die verschluckten Papiere in ziemlich leserlichem Zustande wieder zum Vorschein.

4. Bielawek, 30. Nov. Heute Vormittag hatten wir hier große Kirchenrevision, sämtliche fünf Kirchen wurden von den Russen umzingelt und die Unwesenden revidirt, die alten unter dem Dome beständlichen Gräfte geöffnet, aber nichts vorgefunden. Die traurigen Schauspiele häufen sich hier; so wurde wieder der Gutsbesitzer Bogusz kriegsrechtlich erschossen, man fand bei ihm eine Depesche und weil er den Namen des Überbringers derselben zu nennen sich weigerte, wurde er zum Tode verurtheilt. Während der Fahrt durch die Stadt rauchte er ruhig seine Cigarre, sprach viel mit seinem Bruder, der ihn zum Richtplatz begleitete, ließ sich die Augen nicht verbinden und nahm herzlichen Abschied von seinem Bruder und der Schwägerin. — Der Adjutant des Fürsten Wittgenstein, v. Schwarz, lebte gestern aus Berlin zurück. Wie es heißt, war der Befehl seiner Reise, von der preußischen Regierung die Erlaubnis einzuholen, daß die hier gefangenen neun preußischen Unterthanen gehängt werden dürfen. — Daß das Gerücht groß Bestürzung hervorgerufen hat, könne Sie sich leicht denken, um so mehr da hier nicht weniger als einige Hundert preußische Unterthanen wohnen. Die Buschuren von Getreide nehmen ihren Anfang und liegt hier viel Getreide auf den Bahnhöfen, da Waggons fehlen; denn die Russen lassen solche zu ihrer Disposition stehen.

— Nach dem „Kur. Wil.“ ist Franz Alexandrowicz, Eduard Stancewicz, Franz Apanowicz, Winzen Losinski, Peter Makiewicz mit dem Tode bestraft worden, weil sie sich an dem Hängen eines Rocowicz beteiligt haben.

Danzig, den 1. December.

** Das in diesem Jahre auf der Königlichen Werft neu erbaute Materialien-Magazin wird nunmehr belegt.

¶ Im Männer-Turnverein wurde am vergangenen Sonnabend ein Vortrag über die Grenzen des Turnens von Herrn Dr. Korn gehalten. Der Vortragende sprach in der Einleitung gegen die Allgemeingültigkeit des Hippokrat'schen Satzes: man solle möglich essen, trinken, mäßig überpfe und geistig arbeiten u. s. w., um gesund zu bleiben, eine Vorchrift, die zu Erholung und Verweichung führt, und stellte dieser Mäßigkeitstheorie die Anstrengung als die Bedingung der Verbesserung der Organe entgegen. Schwierigkeiten und Anstrengung entwickeln und unterbrechen die Energien des Menschen, angestrengte Übung der Kräfte unter Berücksichtigung ihres Antagonismus führt zu Leidetugie, Stärke und Ausdauer derselben. Zum Lernen insbesondere übergehend, warnt er andererseits vor dem Übertrieben der Muskelkräfte, die ermüdeten Muskeln zu fortgesetzter Anstrengung zu zwingen. Die turnerischen Übungen sollten jenseitweise vom Leichteren zum Schwierigeren, vom Einfachen zum Zusammengesetzten fortsetzen, unmittelbare Kunstfeigkeiten gänzlich ausgeschlossen bleiben. Bei den Übungen am Rad und Barren wären schädliche Missgriffe leicht möglich, doch darf man das Turnen nicht zu sehr vereinfachen und vereinfachen und den lebensfrischen Reiz von ihm abtreten. Das Turnen sollte keine Athleten bilden. Das bloße Ausüben der Glieder mit Kraft schlägt in Verwildern des Gemüths und Röhheit um. Die geistig-sittliche Cultur müsse dem Turner das rechte Maß vorschreiben und mit ihm in Harmonie treten. Wenn das Turnen auch in steter Wechselwirkung mit allen großen Angelegenheiten des Volkes bleiben sollte, so sei doch die Tagespolitik und das Parteigetriebe von ihm fern zu halten. — Der Verein hat die Bildung einer Bibliothek beschlossen.

* [Gerichts-Verhandlungen am 30. November.]
1) Seit Februar 1863 befand sich der Handlungsdienner Doninke bei dem Kaufmann Lepke hier selbst in Condition, in welcher er bis September e. verlobt ist. Während dieser Zeit hat D. aus dem Waarenlager seines Principals geständig eine Menge von Wäsche und Kleidungsstücke, über 100 Thlr. an Wert, gestohlen und an verschiedene Orte, meist unter Vermittelung des Schuhmachermeisters Lepke, versezt. Nach seiner eigenen Angabe ist er vom Lepke zu den Diebstählen verholfen worden. Lepke gesteht zu, häufig für Doninke neue Sachen versezt zu haben, bestreitet aber gewuft zu haben, daß die Sachen gestohlen worden seien. Auger der Beihilfeigung des D. spricht aber für eine solche Wissenschaft Folgendes: a) Es sind bis jetzt im Ganzen 18 Pfandscheine herbeigeflossen, auf welchen unter Andern allein 12 Paar neue Hosen und gegen 40 neue Hemden versezt worden sind. b) Bei einer

